

Unverkäufliche Leseprobe



Bernd Greiner
9/11
Der Tag, die Angst, die Folgen

280 Seiten, Gebunden
ISBN: 978-3-406-61244-2

Einleitung

Ein Passagierflugzeug, das sich am 11. September 2001 auf halber Höhe in einen Wolkenkratzer fräst;

zerklumpte Metallteile auf den Straßen, Überreste eines Triebwerks, daneben zerfetzte Körper mit breiten Gurten um die Hüften, angelegt zur Sicherheit während eines Fluges;

der benachbarte Büroturm, auch er wenige Minuten später in Flammen und Rauch, getroffen von einem zweiten Düsenjet;

im oberen Drittel der Hochhäuser Eingeschlossene, den Tod durch Erstickung oder Verbrennen vor Augen, mit Stofffetzen um Hilfe winkend die einen, in ihrer Verzweiflung zum Sprung aus Hunderten von Metern Höhe bereit die anderen, im Fall gefilmt von Fernsehkameras und Touristen;

Feuerwehrlaute mit Äxten auf dem Weg zur Brandstelle – «you went in, when we went out», wird später in ihren Todesanzeigen als letzter Gruß von Überlebenden zu lesen sein;

die Meldung, dass zwei weitere Flugzeuge entführt wurden, beide mit Kurs auf die politischen und militärischen Schaltzentralen des Landes, schließlich die Nachricht: auch Teile des Pentagon stehen in Flammen, und «United Airlines 93» ist in der Nähe von Shanksville, Pennsylvania, in einen Acker gestürzt, 20 Flugminuten vom Weißen Haus und vom Kapitol entfernt.

Eine Synagoge in Tunesien, April 2002, Todesstätte für 21 Menschen – darunter 14 deutsche Touristen – nach der Explosion einer Bombe, die von den Drahtziehern von «9/11» in Auftrag gegeben worden war.

Der beliebte Touristenort Kuta auf Bali am späten Abend des 12. Oktober 2002, wo «Jemaah Islamiah» – eine Gruppe mit engen Kontakten zu Al-Qaida – drei Bomben zündete und 202 Menschen tötete.

8

//////////////////// Das mit 900 Besuchern voll besetzte Dubrowka-Theater in Moskau, am 23. Oktober 2002 während einer Vorstellung von einem tschetschenischen Kommando besetzt und nach zwei Tagen unter Einsatz von Nervengas erstürmt – eine Aktion, die 129 Geiseln und ungefähr 50 Terroristen das Leben kostete.

Vier Vorortzüge in Madrid, von Bomben zerfetzt im Berufsverkehr am frühen Morgen des 11. März 2004 – 191 Tote und über 2000 Verletzte nahmen die Bombenleger in Kauf, um die spanische Regierung zum Rückzug ihrer Truppen aus dem Irak zu bewegen.

Die knapp 1300 Geiseln, Anfang September 2004 drei Tage lang in der «Schule Nummer Eins» in Beslan festgehalten und gequält von radikal-islamischen Gotteskriegerern, die ihren Kampf gegen Moskau auf Nordossetien ausweiten wollten und 331 Menschen, darunter 186 Kinder, mit in den Tod rissen.

Die Londoner U-Bahn am Morgen des 7. Juli 2005, erschüttert von der Explosion mehrerer Bomben, die 56 Menschen töteten und 700 verletzten.

Die dreitägigen Schießereien Ende November 2008 in Mumbai, nachdem mehrere Kommandos an zehn verschiedenen Stellen der Stadt Bomben und Feuer gelegt, 174 Personen ermordet und über 300 verletzt hatten.

Der Morgen des 29. März 2010, als in der Moskauer U-Bahn zwei Selbstmordattentäterinnen, Mitglieder extremistischer Gruppen aus dem Nordkaukasus, sich selbst und 40 Passagiere in die Luft sprengten.

Bilder und Eindrücke aus den letzten zehn Jahren, Schattenwürfe einer Geschichte, die sich jederzeit wiederholen kann, an jedem Ort der Welt. Diese Geschichte handelt im Kern von einer Rückkehr politischer Angst ins öffentliche Leben, erinnert an die dunkelsten Kapitel des Kalten Krieges: «Sie sind überall, in Fabriken, Büros, Metzgereien, an den Straßenecken, in privaten Firmen», so der amerikanische Justizminister Tom Clark Ende der 1940er Jahre über kommunistische Schlafzellen. «Und jeder trägt den Keim für den Untergang der Gesellschaft mit sich.»¹ Tom Ridge, Leiter des US-Heimatschutzministeriums, klang zum Verwechseln ähnlich, als er 2003 und 2004 wiederholt vor noch schlimmeren Angriffen als im September 2001 warnte. Von Giftgasanschlägen in U-Bahnen war die Rede, Hunderte von Detektoren wurden in der Hoffnung auf eine frühzeitige Warnung über das Stadtgebiet von Los Angeles verteilt, F-15-Abfangjäger patrouillierten über potentiellen Anschlagzielen. Was ein Mitarbeiter der CIA über die Stimmung in den USA sagte, konnte und kann man zeitweise auch in Europa beobachten: «Etwas nicht anzuzeigen, weil es einfach verrückt ist, kommt den Leuten gar nicht mehr in den Sinn. Es gibt keine Blockaden mehr. Alles wird angezeigt, überall. Und die Bewertungskriterien sind verloren gegangen. Niemand sagt: «Also gemessen an meiner Erfahrung ist dieser Kerl ein verdammter Lügner». Niemand sagt, «diese Berichte haben überhaupt keine Grundlage».»² Wie hätte es auch anders sein sollen angesichts von verängstigten Meinungsmachern und Politikern, die ihrerseits die Ängste der Anderen für eigene Zwecke ausbeuteten? Auffällig oft warnte das Weiße Haus ausgerechnet während des Wahlkampfes 2004 vor erhöhter Terrorgefahr; und 2008 versuchte auch Hillary Clinton, während der Vorwahlen auf Kosten von Barack Obama mit Angst Politik zu machen: «Wem würden Sie mehr vertrauen, wenn nachts um drei das Telefon klingelt?»

Schon jetzt eine umfassende Geschichte dieses nervösen Jahrzehnts schreiben zu wollen, wäre ein vermessener Anspruch. Trotzdem ist die Zeit für eine erste Bilanz über die Hintergründe und Folgen des 11. September 2001 gekommen. Ausgerechnet

über die Administration George W. Bush, die sich hermetisch gegenüber der Außenwelt abzuschotten versuchte, drang noch während ihrer Amtszeit ungewöhnlich viel nach außen. Von Finanzminister Paul O'Neill über den Koordinator der Anti-Terrorpolitik,

10

Richard Clarke, bis zum ehemaligen Botschafter Joseph Wilson und weniger bekannten Mitarbeitern von Ministerien quitierten Dutzende den Dienst und gaben Internatpreis – in der Regel nicht wegen gekränkter Eitelkeit, sondern aus Sorge um den Kontrollverlust innerhalb des politischen Systems und mithin über den Zustand der Demokratie in ihrem Land. Allen Unkenrufen über den Niedergang ihres Genres zum Trotz leisteten auch investigative Journalisten – vorweg Seymour Hersh, Dana Priest, Barton Gellman und Ron Suskind – einen unverzichtbaren Beitrag. Ihnen, der Initiative von Hinterbliebenen der Anschlagsoffer in New York und Washington sowie Anwälten und Bürgerrechtsorganisationen, die sich um Häftlinge in Guantanamo kümmern, ist die Freigabe Hunderter von Akten zu verdanken, die ungewöhnliche Einblicke in die Arbeit der Regierung, des Pentagon und der Geheimdienste bieten. In der vom Kongress bestellten Untersuchungskommission zu den Hintergründen von «9/11» wurden zahlreiche dieser Dokumente penibel ausgewertet, John Ehrenberg, Karen Greenberg und John Prados haben einschlägige Editionen vorgelegt. Die umfangreichste Quellensammlung indes steht im Internet zur Verfügung, aufgearbeitet von Historikern des «National Security Archive». Diese an der George Washington University angesiedelte gemeinnützige Organisation ist für Zeithistoriker mittlerweile unumgänglich; sie genießt zu Recht den Ruf, ihre umfangreichen, bis zum Zweiten Weltkrieg zurückreichenden Bestände nach den Maßstäben professioneller Archivare zu pflegen. Herkunft, Kontext und Wirkungsgeschichte der Quellen sind nachvollziehbar, elektronische Findbücher erleichtern die Recherche. Fortlaufende Ergänzungen ermöglichen überdies eine kontinuierliche Ergänzung oder Korrektur bereits vorhandenen Wissens.

Aufgrund dieses vielfältigen Materials lassen sich auch die «weißen Flecken» in der Geschichte des 11. September 2001 kar-

tographieren, jene Bereiche also, die künftig für ein besseres Verständnis der Ereignisse bearbeitet werden sollten. In diesem Sinne kann das vorliegende Buch zugleich als Beitrag zur Diskussion von Fragen verstanden werden, die sich aus der Geschichte von «9/11» aufdrängen, aber keineswegs nur von historischem Interesse sind – Fragen zur Außen- und Militärpolitik, zu Bündnisbeziehungen, zum internationalen Völker- und Kriegsrecht und vor allem zur Art und Weise, wie Demokratien mit realen oder imaginierten Gefahren umgehen und welchen Preis sie für den Ausnahmezustand zahlen.

Gerade die Vorgeschichte der Anschläge spielt, sei es hintergründig oder explizit, in tagespolitischen Debatten eine herausragende Rolle. Die Behauptung, dass religiös motivierter Terror und Religionskriege im Namen Allahs die größte Gefahr für Freiheit und Zivilisation sind, steht wie ein Glaubensbekenntnis im Raum, eingängig wegen der radikalen Reduktion von Komplexität und tröstend zugleich, weil es den Blick auf irritierend andere Facetten erspart. Zieht man demgegenüber Studien zu Selbstmordattentätern im Allgemeinen und zu Al-Qaida im Besonderen zu Rate, macht das Bild der von glühender Religiosität getriebenen Fanatiker kaum noch Eindruck. Stattdessen gewinnen weltliche, säkulare Elemente an Kontur: soziale Entwurzelung, Enttäuschung, Demütigung, Bindungslosigkeit, verletztes Ehrgefühl, Wut und Zorn über nationale Erniedrigung, Rache für die Opfer von Amerikas Politik und Kriegen in muslimischen Ländern und nicht zuletzt: ein Pochen auf soziale Gerechtigkeit, unterlegt von politischer Leidenschaft zur Durchsetzung dieses Ziels. Daher war auch der Schriftsteller Orhan Pamuk vielen Historikern seiner Zeit voraus, als er die Freudentänze in Istanbul nach dem Einsturz der Zwillingstürme wie folgt kommentierte: «Was den Terrorismus nährt, [...] ist weder der Islam noch die Armut selbst, sondern es sind die Gefühle von Hilflosigkeit und Minderwertigkeit, die sich wie ein Krebsgeschwür in den Ländern der Dritten Welt verbreitet haben.»³

Dass die Anschläge auf New York und Washington in die Zeit der Einführung des Breitbandinternet fielen, beförderte eine

zweite Lesart über alle Maßen – Verschwörungstheorien. Keine Behauptung ist zu abenteuerlich, als dass sie mittels der neuen Medien nicht weltweit diskutiert und Anhänger finden würde: Polizei und Geheimdienste hätten die Tragödie verhindern können,

12

/// aber eine Verhaftung Osama Bin Ladens und anderer Drahtzieher sei politisch unerwünscht gewesen; die Flugzeuge seien nicht von Entführern gesteuert, sondern durch manipulierte Bordcomputer gegen den Willen einer hilflosen Besatzung automatisch ins Ziel gelenkt worden; nicht explodierende Flugzeuge, sondern im Vorwege platzierte und kontrolliert detonierte Sprengladungen hätten die Türme zum Einsturz gebracht; das Pentagon sei nicht von einem Flugzeug, sondern von einer Cruise Missile der US-Streitkräfte getroffen worden; die Air Force habe das vierte Flugzeug über Shanksville abgeschossen; Insider hätten in den Tagen vor dem Anschlag auffällig mit Aktien der betroffenen Fluggesellschaften und mit Obligationen im World Trade Center niedergelassener Investmenthäuser spekuliert und dabei ungewöhnlich hohe Gewinne erzielt, seien über das Kommende ebenso im Bilde gewesen wie israelische Banker und Regierungsstellen, die rechtzeitig Warnungen ausgegeben und damit jüdische Opfer verhindert hätten. Und so weiter und so fort in einer endlosen Litanei nach dem ewig gleichen Muster: Jedes Detail wird auf einer Fertigmatrix in Kausalketten eingepasst, bis am Ende alles Zufällige, Ungereimte und Kontingente geplant, beabsichtigt und wohl überlegt erscheint. Fazit: Was am 11. September geschah, hätten amerikanische Geheimdienste entweder ausgeheckt oder im Wissen um die Pläne der Terroristen geduldet – angeblich, um einen Vorwand für einen Krieg um Öl und gegen Muslime in der ganzen Welt zu finden.

Wie es scheint, hat der 11. September einen Trend kenntlich gemacht, wenn nicht gar beschleunigt, der vor allem in den USA, aber auch andernorts um sich greift. Meinungen, Vorurteile und Gefühle treten auf Kosten von Fakten in den Vordergrund, Gläubige an die Stelle des Staatsbürgers. Sosehr Letztere über die Begründbarkeit von Argumenten streiten, sosehr immunisieren sich Erstere gegen die Kraft des Arguments. Wer nur noch die eigenen

Überzeugungen duldet, kann auf streitbaren Dialog verzichten, denn Glaube ist von Haus aus nicht falsifizierbar. In den emotionalen Aufwallungen der «Tea Party» in den USA oder der populistischen Islamwut in Europa findet dergleichen seinen vorläufigen Höhepunkt. Dass Barack Obama ein im Ausland geborener Muslim sei, halten bis zu 25 Prozent der von Meinungsforschern befragten Amerikaner für erwiesen; auch in Europa steigt offenbar der Anteil jener, die wider alle Evidenz schlicht alles für möglich halten. Im einen wie im anderen Fall kündigt der öffentliche Umgang mit Gefahren und Unübersichtlichkeit von einer «Beschädigung der demokratischen Kernfähigkeit», wie Benjamin Barber schreibt: «Wir verlieren unsere demokratische Kernfähigkeit, nämlich einzuräumen, dass wir unrecht haben könnten, und dass unsere Ansichten nach irgendwelchen anderen Kriterien beurteilt werden müssen, als nur danach, wie sehr wir von ihnen überzeugt sind. [...] Wir haben Meinung und Vorurteil an die Stelle von Wissenschaft und Vernunft gesetzt – oder noch schlimmer, wir erkennen den Unterschied zwischen beidem gar nicht mehr.»⁴



In welcher Weise der «Krieg gegen den Terror» demokratische Werte, Verfahren und Institutionen und mithin jene Fundamente beschädigt, die es gegen die terroristische Herausforderung eigentlich zu stärken gilt – dieses Problem steht im Mittelpunkt der vorliegenden Studie. Dass die USA unter George W. Bush besondere Aufmerksamkeit verdienen, liegt nahe. Zwar forderte der Ausnahmezustand auch in anderen Demokratien seinen Preis; aber einzig in den USA war von einer Verfassungskrise die Rede, gar von der schwersten Belastungsprobe seit dem Bürgerkrieg. Wie konnte es einer anfänglich schwachen, mit dem Makel einer gestohlenen Wahl behafteten Regierung gelingen, binnen kürzester Frist ihre Agenda auf ganzer Linie durchzusetzen? Warum funktionierten die «checks and balances» – Gewaltenteilung und wechselseitige Kontrolle des Machtapparates – nicht mehr? Wieso fügten sich mächtige Ministerien und Behörden, weshalb ließ der Kongress die Exekutive kritiklos gewähren? Weshalb galten scheinbar unverrückbare Prioritäten von einem Tag auf den ande-

ren nichts mehr? Und wie ist das jahrelange Schweigen des Supreme Court, der obersten Verfassungshüter, zu erklären? In den Worten von Seymour Hersh: «Ist unsere Demokratie wirklich so fragil?»⁵

14

Historiker und Verfassungsrechtler verwenden seit den 1970er Jahren zur Charakterisierung dieser Fragilität ein einprägsames Schlagwort: «Imperiale Präsidentschaft». Das Adjektiv wurde vom Schöpfer des Begriffs, dem Historiker Arthur Schlesinger Jr., mit Bedacht gewählt und soll signalisieren, dass amerikanische Präsidenten seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wiederholt auf Vollmachten pochen, die einst den Potentaten europäischer Imperien vorbehalten waren. Eine Gleichstellung mit absoluten Monarchen ist damit selbstverständlich nicht gemeint; dagegen spricht der extrem enge Handlungsspielraum der Exekutive in der Innenpolitik im Allgemeinen und gegenüber den Einzelstaaten im Besonderen. Vielmehr geht es darum, dass Präsidenten in der Außen- und Sicherheitspolitik, bei der Entscheidung über Leben und Tod, die alleinige Entscheidungskompetenz für sich beanspruchen und ein um das andere Mal durchsetzen. Und dass sie dabei eine Theorie von «inherent rights» geltend machen, die einem vordemokratischen Politik- und Staatsverständnis geschuldet ist – der Vorstellung unteilbarer, nicht begründungsbedürftiger Privilegien nämlich, die vom ersten Mann im Staat nach eigenem Gutdünken in Anspruch genommen werden können. George W. Bush tritt nur insofern aus der Reihe, als er die Machtüberdehnung der Exekutive so konsequent wie kaum ein anderer vor ihm betrieb.

Krieg zur symbolischen Beglaubigung imperialer Größe und Durchsetzungsfähigkeit, Angriffskriege auf bloßen Verdacht und zur Vorbeugung gegen künftige Gefahren, Setzung neuen Rechts ohne Verfahren, ohne Diskussion und ohne Legitimation – ob George W. Bush eine radikale Ausnahme bleibt oder ob die USA auf künftige Kränkungen, Niederlagen und Machteinbußen ähnlich radikal reagieren werden, ist eine offene Frage. Sich mit ihr zu beschäftigen, mithin nach den Möglichkeiten und Grenzen politischer Selbstkorrektur zu fragen, erscheint aber unhintergebar –

auch angesichts der seit «9/11» feststellbaren Beschädigungen des Rechtsstaats in Europa und nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, dass der «Krieg gegen den Terror» die Wahrscheinlichkeit künftiger Anschläge nicht reduziert, sondern erhöht hat.

Berlin, 13. Januar 2011

15



Originaldokument
© Verlag C.H.Beck